



### Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Sorger	Beauftragter für Wirtschaftsförderung und Marketing	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	bis TOP 4.4.
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	bis TOP 4.1.
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Frau Schicker	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Helbig	Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachgebiet Jugend/Soziales/Schulen/Sport	bis TOP 4.1.
Herr Forster	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Barthel	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Lenz	Fachbereich Finanzverwaltung	bis TOP 4.1.

### Weitere Sitzungsteilnehmer:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter des Jugendparlaments	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

### Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.11.2015
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 15.12.2015
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
- 2.1. Informationen zum Stellenplan 2016 – **Drucksachennummer: 300/2016**
- 2.2. Tätigkeitsbericht der Ausländer- und Behindertenbeauftragten Frau Seeling
- 3. Einwohnerfragestunde**
- 4. Beschlussfassung**
- 4.1. Haushaltssatzung 2016 – **Drucksachennummer: 308/2016**
  - Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 94-16** und Stellungnahme der Verwaltung
  - Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, **Reg. Nr. 95-16** und Stellungnahme der Verwaltung
  - Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 96-16** und Stellungnahme der Verwaltung
  - Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 99-16**
  - Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 100-16**

- 4.2. Gesellschafterbeschluss Plauener Straßenbahn GmbH  
**Drucksachennummer: 303/2016**
- 4.3. Forstlicher Wirtschaftsplan 2016  
**Drucksachennummer: 298/2016**
- 4.4. Parkraumkonzept der Stadt Plauen, Teil 1: Analyse und Zielstellung  
**Drucksachennummer: 261/2015**  
- Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 93-16** und Stellungnahme der Verwaltung  
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 98-16** und Stellungnahme der Verwaltung
- 4.5. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebaufördergebiet „Soziale Stadt“ (SSP) in der „Östlichen Bahnhofsvorstadt“  
**Drucksachennummer: 297/2015**
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## 1. Eröffnung der Sitzung

Die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat André Hegel, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, bestellt.

**Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass aufgrund von § 17 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen folgender Antrag von der Tagesordnung der heutigen 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen gestrichen wird:**

- TOP 4.1.** zur Haushaltssatzung 2016  
**Drucksachennummer: 308/2016**  
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 96-16** und Stellungnahme der Verwaltung

### **Begründung:**

Die beantragte Wiedereinstellung der Kulturumlage widerspricht dem Beschluss vom 20.10.2015 zu Tagesordnungspunkt 3.1. **Drucksachennummer 228/2015.**

Dessen hierfür erforderliche Abänderung kann gemäß § 36 Absatz 5 Satz 1 SächsGemO derzeit nicht beantragt werden.

Die CDU-Fraktion hat ihren o. g. Antrag mit Schreiben vom 27.01.2016 um eine weitere Deckungsquelle ergänzt und zwar um die Reduzierung des Bewirtschaftungszuschusses Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung um 150.000 EUR für das Haushaltsjahr 2016. Dieser Antrag kann gemäß § 36 Absatz 5 Satz 1 SächsGemO derzeit nicht gestellt werden, da der Wirtschaftsplan 2016 mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen am 15.12.2015, **Drucksachennummer: 280/2015**, bestätigt wurde.

## 1.1. Tagesordnung

Seitens der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen liegen keine Änderungen zur Tagesordnung vor.

## 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.11.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.11.2015 fest.

**1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 15.12.2015**

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 15.12.2015 fest.

**1.4. Beantwortung von Anfragen**

keine offenen Anfragen

**1.5. Informationen des Oberbürgermeisters**

keine Informationen

**2. Information**

**2.1. Informationen zum Stellenplan 2016**

*Drucksachenummer: 300/2016*

Frau Karliner, Leiterin des Fachgebietes Personal/Organisation, erläutert den Inhalt der Informationsvorlage.

**Information:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage aufgeführten Positionen, welche bei der Erarbeitung des Stellenplanes für 2016 berücksichtigt wurden, zur Kenntnis.

Der Stellenplan der Stadt Plauen 2016 ist im Haushaltsplan 2016 (Seite P 1 – P 7) enthalten.

**2.2. Tätigkeitsbericht der Ausländer- und Behindertenbeauftragten Frau Seeling**

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die Aufrechterhaltung einer Ausländerbeauftragten bei der Stadt Plauen nach Verlust der Kreisfreiheit im Jahre 2008 eine rein freiwillige Aufgabe darstellt. Zuständiger gesetzlicher Ansprechpartner ist in Asylfragen das Landratsamt Vogtlandkreis, Frau Glitzner.

Frau Seeling, Ausländer- und Behindertenbeauftragte der Stadt Plauen, trägt ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 vor.

U. a. informiert sie darüber, dass derzeit 2.500 Asylbewerber im Vogtlandkreis registriert sind und ca. 50 pro Woche neu im Vogtlandkreis erwartet werden. Derzeit liegt ein Betreuungsschlüssel von 1 Bearbeiter für 150 Asylbewerber vor.

Zur Zeit wurden, verteilt über den gesamten Vogtlandkreis 226 Wohnungen zur Unterbringung von 4 – 6 Asylbewerbern pro Wohnung angemietet. Hauptsächlich sollen in den Wohnungen Familien mit Kindern untergebracht werden.

Frau Seeling teilt mit, dass derzeit im gesamten Vogtland Stützpunkte zur Vermittlung ehrenamtlicher Helfer geschaffen werden sollen. Sie kann sich gut vorstellen, einen solchen Stützpunkt auch in der Stadt Plauen einzurichten.

Bürgerinnen und Bürger sollen sich an Frau Seeling wenden können, um Informationen über mögliche Einsatzformen der Hilfe zu erhalten. Dabei kann es um die Vermittlung von Patenschaften für Familien, erwachsene Flüchtlinge oder für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gehen. Diese Arbeit in den fünf Sozialregionen soll nach Kenntnis von Frau Seeling durch eine „Koordinationskraft Integration“ des Landratsamtes Vogtlandkreis koordiniert werden, welche zum 1. Februar 2016 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Zu ihrer Arbeit als Behindertenbeauftragte teilt Frau Seeling u. a. mit, dass grundsätzlich gilt, dass es sich bei Behinderungen nicht um anzeigepflichtige Sachverhalte handelt. Manche Leistungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile (z.B. im öffentlichen Personennahverkehr) setzen jedoch eine Feststellung des Grades der Behinderung voraus. Zuständig dafür ist das Sachgebiet Schwerbehindertenrecht des Landratsamtes des Vogtlandkreises.

In der Stadt Plauen lebten nach Aussage von Frau Seeling im November 2015 insgesamt 12.140 Menschen mit Behinderungen. In Bezug auf die Gesamtbevölkerung (64.799 zum 30.06.15) der Stadt Plauen, stellt dies einen Anteil Behinderter von 18,7 % dar. Anders ausgedrückt: mehr als jeder fünfte Einwohner in Plauen lebt mit Behinderungen.

Personen, deren Grad der Behinderung wenigstens 50 % beträgt, gelten als schwer behinderte Menschen. Zum Zeitpunkt der Erfassung waren dies in der Stadt Plauen 7.556 Personen. Viele dieser Bürgerinnen und Bürger nutzen das Beratungsangebot von Frau Seeling im Rathaus. Die Sprechstunden dienen dazu, die unterschiedlichsten Fragen und Probleme entsprechend der aktuellen und speziellen Lebenssituationen anzusprechen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, den Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen den Tätigkeitsbericht zur Verfügung zu stellen. Dieser kann im Ratsinformationssystem „session“ unter dem Sitzungstermin Stadtratssitzung 02.02.2016 eingesehen werden.

Weiterhin legt Oberbürgermeister Oberdorfer fest, dass der Tätigkeitsbericht auf die Tagesordnung des Bildungs- und Sozialausschusses am 17.03.2016 aufgenommen werden soll.

### **3. Einwohnerfragestunde**

#### **Herr Hartmut Reimann, Altmarkt 6, 08525 Plauen**

Herr Reimann trägt vor, dass das Gebäude Altmarkt 6 in Plauen an der Seite zum Topfmarkt in einem desolaten Zustand sei. Des Weiteren hat er die Information bekommen, dass die Hausverwaltung „Immobilien Todt GmbH“ schon länger mit der Stadtverwaltung in Verbindung stünde, um das Haus käuflich zu erwerben, jedoch die Stadtverwaltung den Kauf durch die Hausverwaltung nicht zuließe.

Herr Reimann fragt, warum die Stadtverwaltung das Gebäude der Hausverwaltung „Immobilien Todt GmbH“ nicht überlassen wolle. Außerdem merkt er an, dass diese Grundstückseite zum Topfmarkt bei öffentlichen Veranstaltungen als Toilette benutzt wird und hierfür eine Lösung gefunden werden soll. Das Ersuchen wurde auch schriftlich übergeben.

#### **Oberbürgermeister Oberdorfer sichert eine schriftliche Beantwortung des Anliegens zu.**

#### **Herr Lochmann, Zürnerstraße 17, 08527 Plauen**

Herr Lochmann fasst zusammen, dass die Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule seit mehreren Jahren geplant, seit einem Jahr sicher ist, und nun bald vollzogen wird. Allerdings wäre ihm zufolge der Transport der Schüler zur Allende-Schule nicht vollständig und unsicher gewährleistet.

Herr Lochmann befindet sich in der Annahme, dass einst ein Schulbussystem geplant gewesen sein soll, womit die Schüler zur Stöckigter Straße gebracht und wieder abgeholt würden. Die Eltern der betroffenen Grundschüler haben sich beim ÖPNV erkundigt und in Erfahrung bringen können, dass Bickelstraße und Knielohstraße als Zusteigemöglichkeit geplant sind.

Herr Lochmann ist der Meinung, dass die Bickelstraße zum Zusteigen zu gefährlich sei für die Grundschüler. Er möchte wissen, ob solch ein Bussystem und/oder Schülerlotsen, die die Kinder in der Bahn begleiten sollen, wirklich geplant ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich für die Frage.

Außerdem informiert Oberbürgermeister Oberdorfer kurz über den Prozess der Sanierung. Er bestätigt, dass besagte Schülerlotsen morgens auf dem Hinweg zur Schule und nachmittags auf dem Heimweg für die Sicherheit der Kinder sorgen sollen.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erklärt, dass das Schulbussystem zu keiner Zeit von der Stadtverwaltung zugesichert wurde. Jedoch werden an Bickel- und Knielohstraße jeweils zwei Personen (Hortnerinnen und ehrenamtliche Helfer) als Schülerlotsen eingesetzt.

Weiterhin führt Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I aus, dass höchstens auf dem Nachhauseweg beim Aussteigen eine Gefahr bestehen könnte, dieser aber durch das Fahren einer Schleife bis zur Endhaltestelle und wieder zurück mit einer geringen Mehrzeit entgangen werden kann.

Er erläutert, dass auch die Stadtverwaltung eine Bewertung des neuen Schulwegs zur Allende-Schule durchführen ließ und dieser als nicht besonders gefährlich eingestuft werden konnte.

Die ehrenamtlichen Kräfte erhalten neben einer Jahreskarte der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB), die sogar für die Freizeitnutzung zur Verfügung gestellt wird, auch eine kleinere Aufwandsentschädigung.

Der Bürgermeister appelliert an die Eltern, dass diejenigen, die die Möglichkeiten und Zeit haben, sich als ehrenamtliche Kraft aufstellen lassen oder ihr Kind selbst bringen.

Ferner informiert Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, über die Neuregelungen, die ab August 2016 in Kraft treten, wobei jedes Kind einen Eigenanteil von 10,00€ zu leisten hat, dieser Betrag aber bei einem zu geringen Einkommen der Eltern zurückerstattet werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt den Eltern noch einmal nahe, sich als ehrenamtliche Helfer aufstellen zu lassen, um ihre Kinder sicher zur Schule begleiten zu können.

Herr Lochmann stellt die Frage, wie die Kinder in den Bahnen untergebracht werden, wenn nebenbei noch der tägliche Berufsverkehr stattfindet. Außerdem möchte er wissen, ob die Schüler, die nicht im Hort untergebracht sind und nach der Schule Aktivitäten wie z. B. AG's nachgehen, auch das Angebot in Anspruch nehmen können.

Bürgermeister Zenner teilt mit, dass eine Umfrage an der Schule durchgeführt wurde, wie viele Kinder von den Eltern selbst gebracht werden. Die Schüler, welche mit der Straßenbahn transportiert werden müssten, umfasst nach dieser Umfrage ca. 40 – 60 Kinder. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Verantwortung für den Transport der Kinder von und zur Schule grundsätzlich bei den Eltern liegt. Die Stadt Plauen stellt hier ein freiwilliges Angebot zur Verfügung, indem 2 Horterzieherinnen die Kinder in der Straßenbahn begleiten.

### **Frau Bär, Hofer Landstraße, Plauen Thiergarten**

Frau Bär ist der Meinung, dass die o. g. Umfrage unzureichend war. Viele Eltern hätten den Transport ihrer Kinder mit dem Auto angekreuzt, weil keine Alternativen genannt wurden.

Auch dass der Transport mit der Straßenbahn bezahlt würde, wäre den Eltern nicht bekannt gewesen. Frau Bär denkt, dass nunmehr ca. 90 bis 100 Schüler mit der Straßenbahn transportiert werden müssten.

Sie fragt nach, wie oft die Straßenbahn früh fahren würde und wie oft die Horterzieherinnen als Begleitung mitfahren.

Frau Zeuner, Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH, teilt mit, dass in den alten Straßenbahnen 90 Plätze und in den neuen Straßenbahnen 118 Plätze vorhanden sind. Die Linie 5, welche die Bickelstraße mit bedient, war bisher nicht so stark ausgelastet, so dass dort sicher 50 bis 60 Schüler transportiert werden können.

Bürgermeister Zenner informiert, dass der Fragebogen zur Schülerbeförderung von der Schulleitung selbst erstellt wurde. Im Gespräch zwischen Stadtverwaltung und Schulleitung wurde auch das Thema Schwimmunterricht der 2. Klasse besprochen und eine Lösung gefunden. Er bittet nochmals die Eltern, ihre Verantwortung für den Schulweg der Kinder wahrzunehmen.

Das Angebot des Transportes mit der Straßenbahn ist eine freiwillige Leistung der Stadt Plauen. Es wird nur eine Abfahrtszeit um 7:00 Uhr an der Bickel- und an der Knielohstraße angeboten, welche mit der Schulleitung abgestimmt wurde. Die Heimfahrt erfolgt ca. 16:00 Uhr vom Albertplatz.

Bürgermeister Zenner bietet an, mit den Eltern, die mit dieser Regelung nicht einverstanden sind, einen Termin gemeinsam mit der Schulleitung zu finden.

Oberbürgermeister Oberdorfer vertritt die Meinung, dass es in der Stadt Plauen grundsätzlich komfortable Lösungen für Schulwege gibt. Er bittet für diese begrenzte Zeit des Ausbaus der Schule um Unterstützung der Eltern.

Herr Lochmann meint, dass die o. g. Umfrage der Schulleitung nicht alle Eltern bekommen hätten, z. B. die Klasse 1b und die Klasse 4a. Außerdem stellt sich ihm noch immer die Frage, wie Kinder betreut werden sollen, die in einer AG oder nicht im Hort angemeldet sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass nicht für jedes einzelne Kind eine perfekte Lösung gefunden werden kann. Er bittet aber jede einzelne Familie, auch unter Einbeziehung der Großeltern usw. um Unterstützung. In schwierigen Einzelfällen stehen Bürgermeister Zenner und er selbst für ein Gespräch zur Verfügung.

### **Herr Kai Grünler, Gartenstraße 5, 08523 Plauen**

Herr Grünler spricht seine (nachfolgend aufgeführte) Nachfrage an die Stadt Plauen an:

#### **Betreff: Selbstauskunft nach § 34 BDSG**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*auf der Grundlage von § 34 I, IV BDSG [1][2] bitte ich unentgeltlich um vollständige Auskunft über sämtliche über mich gespeicherten Daten bei der Stadt Plauen (beinhaltet die Stadtverwaltung, Standesamt, alle sonstige angeschlossene Ämter und Unterbehörden der Stadt Plauen sowie alle angeschlossene Gesellschaften und Firmen der Stadt Plauen). Bitte führen Sie auch die jeweilige Herkunftsquelle der Daten auf, sofern diese nicht direkt von mir stammen.*

*Darüber hinaus bitte ich um Mitteilung über die innerhalb der letzten 24 Monate an Dritte übermittelten personenbezogenen Daten, den Grund der Übermittlungen, sowie die Benennung dieser Dritten mit Name und letzbekannter Anschrift.*

*Kai Grünler*

Herr Grünler führt aus, dass er zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Antwort auf seine Anfrage bekommen hätte.

### **Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

### **Herr Josef Teufel, Dr.-Friedrich-Wolf-Str. 25, 08529 Plauen**

Herr Teufel spricht Unfälle von Senioren auf Fußgängerüberwegen an Kreuzungen mit „Grünpfeil“ an. Er bittet um Prüfung, ob eine Entfernung der Abbiegepefeile bzw. eine andere Ampelschaltung möglich wären.

### **Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Weiterhin fragt Herr Teufel nach, ob es möglich wäre, speziell für Senioren eine Broschüre bzw. einen Leitfaden für Veranstaltungen, Information zu seniorengerechten Ämtern, Lokalen, Einkaufseinrichtungen, Kunst und Kultur, Sport- und Freizeitanlagen heraus zu geben.

**Oberbürgermeister Oberdorfer wird dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Bildungs- und Sozialausschusses auf die Tagesordnung setzen lassen.**

**Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Str. 48, 08529 Plauen**

Herr Neef kritisiert, dass die Zeitangabe der Uhren am Rathausturm nicht der von der „Physikalisch technischen Bundesanstalt in Braunschweig“ ausgestrahlten Zeit entspricht.

Seiner Meinung nach sind alle genannten Uhren Funkuhren und somit müsste dies machbar sein. Er hätte beobachtet, dass 3 Uhren ca. 1 Minute und die Uhr Richtung Feuerwache etwa 5 Minuten nachgehen.

Herr Neef fragt nach, wann die Uhren am Rathausturm repariert werden, damit diese wieder die exakte Zeit anzeigen.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Antwort zu.**

**4. Beschlussfassung**

**4.1. Haushaltssatzung 2016**

***Drucksachenummer: 308/2016***

- Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 94-16**
- Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, **Reg. Nr. 95-16**
- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 99-16**
- Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 100-16**
- Stellungnahmen der Verwaltung

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen trägt die Rede zum Haushalt 2016 vor. Die Rede wird im Ratsinformationssystem „session“ unter dem Termin der Stadtratssitzung 02.02.2016 elektronisch zur Verfügung gestellt.

Frau Göbel weist in ihrer Haushaltsrede u. a. darauf hin, dass die angekündigte Einarbeitung der zusätzlichen Investitionsmittel aus dem „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft“ nur bezüglich der beiden Teilpositionen Investitionspauschale und Pauschale zur Ergänzung des Landeszuschusses für Kindertageseinrichtungen geschehen sei. Die zusätzlichen Zuschüsse aus den Mitteln des Budgets „Bund“ und des Budgets „Sachsen“ wurden noch nicht eingeplant.

Frau Göbel führt weiter aus, dass nach der abschließenden Kabinettsbefassung der Verwaltungsvorschrift „VWV Investkraft“, welche für den 23.02.2016 vorgesehen ist, spätestens in der Stadtratssitzung am 10.05.2016 der endgültige Beschluss zum Maßnahmenplan erfolgen muss.

Der Fachbereich Finanzverwaltung wird in Kürze mit der Erarbeitung der Maßnahmenpläne beginnen und den Stadtrat rechtzeitig einbeziehen.

Grundlage für die Auswahl soll die im Vorfeld der Haushaltsplanung 2015/2016 erstellte Prioritätenliste zu Maßnahmen der E-, INST-, und Z- Listen sowie des Investitionsprogrammes unter Berücksichtigung des aktuellen Erkenntnisstandes bilden. Außerdem ist zu berücksichtigen, welche besonderen Fördermöglichkeiten (Förderquoten im Vergleich zu Fachförderprogrammen) im Rahmen des Gesetzes bestehen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, kritisiert die Streichung des Antrages der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 96-16 von der heutigen Tagesordnung. Mit dem geplanten Austritt aus dem Kulturraum Vogtland kann sich die CDU-Fraktion nicht einverstanden erklären.

Stadtrat Schmidt bittet Oberbürgermeister Oberdorfer eindringlich, mit dem Landrat gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, damit der Austritt der Stadt Plauen aus dem Kulturraum nicht notwendig sein wird.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, vertritt die Meinung, dass der Stadtrat bei vielen Dingen genauer hinschauen sollte. Die SPD/Grüne-Fraktion hat deshalb zur heutigen Sitzung noch einmal 2 Anträge eingereicht.

Bezüglich der Kulturumlage vertritt Stadtrat Zabel die Meinung, dass Leistungen angepasst werden müssen, wenn die Stadt Plauen nicht in den nächsten Jahren wieder über eine Erhöhung von z. B. Grund- und Gewerbesteuern sprechen will. Es werden sachlich fundierte Strukturentscheidungen benötigt.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass es besonders wichtig wäre, weitere neue Flächen für Gewerbeansiedlungen, z. B. in Oberlosa zu erschließen. Diese Maßnahmen sollten zügig und ohne Abstriche durchgeführt werden. Weiterhin sollten Prioritäten bei der Umsetzung der Bauvorhaben Nord-West-Flügel Rathaus und Spitzen-Innovationszentrum gesetzt werden. Beide Vorhaben könnten nach Meinung von Stadtrat Gerbeth sicher nicht parallel durchgeführt werden.

Stadtrat Gerbeth bittet um genauere Ausführungen von Frau Göbel bezüglich der finanziellen Mittel für das Bauvorhaben Horten.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., kritisiert, dass Mittel vom ÖPNV oder für die Lernmittelergänzungspauschale gesunken bzw. weggefallen sind. Manche Kürzungen vom Land sind nach Meinung von Stadträtin Rank nicht nachvollziehbar.

Im Zuge besserer Einnahmemöglichkeiten für die Stadt Plauen sollte die Verwaltung weiter am Organisationsstrukturkonzept arbeiten. Die Fraktion DIE LINKE. hatte hierfür eine Mitarbeiterbefragung angeregt, um Einsparungspotentiale bzw. Möglichkeiten für effizienteres Arbeiten zu finden.

Weiterhin sollte die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis auf den Gebieten Informatik und Kultur vorangetrieben werden.

Außerdem sollten Investitionen im Straßenbau auf Priorität geprüft werden.

Stadträtin Rank bittet darum, den Antrag ihrer Fraktion zur Aufwertung der Oberen Bahnhofstraße positiv zu berücksichtigen, um den im Vorfeld durchgeführten Wettbewerb zur Gestaltung des Areals weiterführen zu können.

Stadträtin Rank betont, dass die Fraktion Die LINKE. einen Austritt aus dem Kulturraum auch nicht für richtig erachtet.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., spricht den heute von der Tagesordnung gestrichenen Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 96-16 an. Nach seiner Meinung wäre der Antrag zu unterstützen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass der o. g. Antrag heute nicht zur Debatte steht. Über das Thema Kulturraum wird separat bis zum Juni 2016 in den zuständigen Ausschüssen beraten und im Stadtrat entschieden.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, kritisiert den Umgang der Verwaltung mit dem Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 96-16**. Eine Zustimmung zum Haushalt 2016 ohne die Sicherung der Kulturumlage wäre für ihn nicht denkbar.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert aus seiner Sicht die Vorgehensweise der Verwaltung bezüglich eines möglichen Austritts aus dem Kulturraum.

Stadtrat André Hegel, Fraktion DIE LINKE., sieht im Haushalt 2016 noch nicht genug die Umsätze berücksichtigt, welche z. B. durch die Unterbringung von Flüchtlingen in WbG-Wohnungen erzielt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass er den Anteil der Stadt Plauen für den Umbau des Landratsamtes mit der Zahlung von 7,1 Mio. EUR als erledigt ansieht. Dies wurde dem Landkreis schriftlich mitgeteilt.

Zum Thema Kulturumlage stimmt Oberbürgermeister Oberdorfer den Ausführungen von Stadtrat Fiedler inhaltlich zu. Dem Landratsamt Vogtlandkreis ist bekannt, dass es bei Austritt der Stadt Plauen aus dem Kulturraum die Mittel für die Kulturumlage als Pflichtmitglied komplett aufbringen muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer liest aus der heute eingegangenen Stellungnahme der Rechtsaufsicht des Vogtlandkreises zum Haushaltsstrukturkonzept der Stadt Plauen vor. Hier wird die Maßnahme des Austritts der Stadt Plauen aus dem Kulturraum zum 01.01.2017 vollständig eingeplant und der Wegfall der Kulturumlage ab 2017 extra benannt. Die Konsequenzen hieraus sind dem Landratsamt nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer durchaus bekannt.

Oberbürgermeister Oberdorfer verfolgt aber das Ziel, dass der o. g. Austritt der Stadt Plauen aus dem Kulturraum nicht notwendig und ein Weg gefunden wird, dass die Stadt Plauen an anderer Stelle vom Vogtlandkreis entlastet werden kann.

**Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Beschluss zum Haushalt 2016 heute ebenfalls von der Tagesordnung abzusetzen und im April 2016 nochmals aufzunehmen.**

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus. Er weist ausdrücklich darauf hin, welche finanziellen Konsequenzen der spätere Beschluss des Haushaltes z. B. auf Ausschreibungen im Baubereich hätte.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich für den Geschäftsordnungsantrag aus. Er äußert Bedenken, dass ein möglicher Antrag gegen den Austritt aus dem Kulturraum ebenfalls wegen der gesetzlich festgelegten 6-Monats-Frist wieder nicht behandelt werden könnte.

**Der Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.  
Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 17/16-1**

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, verweist bezüglich der Deckungsquelle für Anträge mit finanziellen Auswirkungen auf den § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass nunmehr auch über alle anderen vorliegenden Anträge zum Haushalt nicht abgestimmt werden könnte, da sie einen Einfluss auf den Beschluss zum Haushaltskonsolidierungskonzept im vergangenen Jahr hätten.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die anderen heute vorliegenden Anträge den gefassten Beschluss zur Haushaltskonsolidierung nicht berühren.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr den Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 94-16**, zur Befassung auf.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE. erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der Antrag eigentlich nicht notwendig wäre. Er plädiert dafür, nicht die beantragten 20.000 EUR im Haushalt 2016 einzustellen, sondern Vorschläge zur weiteren Aufwertung der Oberen Bahnhofstraße für das Haushaltsjahr 2017 vorzusehen.

Stadtrat Zabel bezweifelt die Nachhaltigkeit der beantragten Maßnahme. Er schlägt folgenden Kompromiss vor:

„Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, im Haushalt 2016 20.000 EUR für die Aufwertung der Oberen Bahnhofstraße einzustellen unter dem Vorbehalt einer Empfehlung seitens des Konzeptes, welches die Stadtverwaltung erarbeitet.“

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Zabel zu.

Stadträtin Rank teilt mit, dass ihre Fraktion den Kompromissvorschlag mit tragen kann. Sie verweist aber darauf, dass bereits mehrere Vorschläge aus dem bereits durchgeführten Ideenwettbewerb vorliegen würden, so dass nicht unbedingt noch neue Vorschläge vorgelegt werden müssten.

Frau Göbel kann dem Kompromissvorschlag ebenfalls folgen. Sie bittet aber darum zu beachten, dass Mittel nicht unter Vorbehalt im Haushaltsplan eingestellt werden können. Sie empfiehlt, die Mittel wie in der ausgereichten Ergänzung zur Stellungnahme zum Antrag **Reg. Nr. 94-16** dargestellt in den Haushalt einzustellen mit der Maßgabe, dass die Freigabe dieser Mittel erst dann erfolgt, wenn das entsprechende Konzept bestätigt wurde.

Stadtrat Zabel fragt nach, bis wann dieses o. g. Konzept vorliegen könnte.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, antwortet, dass der 1. Entwurf eines Konzeptes noch vor der Sommerpause im Stadtbau- und Umweltausschuss vorgelegt werden soll.

#### **Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 94-16:**

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, für die Aufwertung der Oberen Bahnhofstraße 20.000 EUR im Haushalt 2016 einzustellen. Deckungsquelle: Investitionsprogramm Nummer: 18-0000026 (städtische Abbrüche). Folgende Ergänzung zum Antrag wurde im Ergebnis der Diskussion vorgenommen: Die Freigabe der Mittel erfolgt erst, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt.

**Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird unter Beachtung der in der ergänzenden Stellungnahme der Verwaltung vom 02.02.2016 aufgezeigten haushaltsseitigen Auswirkungen\*) mit Stimmenmehrheit zugestimmt.**

**Beschluss-Nr.: 17/16-4**

*\*) Die Maßnahme „Aufwertung der oberen Bahnhofstraße“ wäre im Programm der Städtebaulichen Aufwertung mit 2/3 förderfähig. Die Gesamtfinanzierung würde sich wie folgt darstellen: Auszahlungen investiv gesamt: 60.000 EUR und Einzahlungen investiv gesamt: 40.000 EUR. Die sich daraus ergebenden zusätzlichen Eigenmittel i. H. v. 20.000 EUR können gemäß Vorschlag der Fraktion „DIE LINKE“ aus der Investition 18-0000026 (sonstige städtische Abbrüche) unter Berücksichtigung der für diese Investition geplanten Fördermittel gedeckt werden. Dadurch reduzieren sich die Auszahlungen um 200.000 EUR und die Einzahlungen um 180.000 EUR. Die Änderung würde bei der Position „sonstige-abhängig vom Grunderwerb“ vorgenommen. Insgesamt sind somit folgende Veränderungen in der Investitionstätigkeit im Jahr 2016 zu verzeichnen: Einzahlungen aus Investitionstätigkeit: ./ 140.000 EUR und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit: ./ 140.000 EUR.)*

Nach Ansicht von Oberbürgermeister Oberdorfer müsste über den Antrag der Fraktion FDP/Initiative Plauen, **Reg. Nr. 95-16**, nicht abgestimmt werden, da es sich hauptsächlich um Anregungen handelt, welche bereits in der sachlichen Bearbeitung seien.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, stimmt der Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer zu.

**Somit wird über den Antrag der Fraktion FPD/Initiative Plauen, Reg. Nr. 95-16 nicht abgestimmt.**

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, **Reg. Nr. 99-16**, zur Befassung auf.

Stadtrat Zabel erläutert diesen und den weiteren Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 100-16**, zusammen. Es wird als sinnvoll erachtet, die Synergien zwischen den städtischen Gesellschaften zu prüfen. Weiterhin soll ein Konzept zur Betreibung der Festhalle erstellt werden.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich II, teilt mit, dass die Festhalle Plauen die profitabelste Kultureinrichtung im Vogtland ist. Die Festhalle war im Jahr 2014 an 140 Tagen belegt. Im Jahr 2015 konnten ca. 80.000 Gäste in der Festhalle begrüßt werden. Es stellt sich hier die Frage, ob ein solches Betreiberkonzept Sinn macht.

Herr Zenner schlägt vor, im Kultur- und Sportausschuss am 10.03.2016 darzulegen, warum das Angebot der Kultur GmbH für die Stadt Plauen nicht lukrativ erscheint. Weiterhin sollen Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation vorgelegt werden.

Er bittet darum, die Entscheidung über die Erstellung eines Betreiberkonzeptes erst nach dieser Sitzung des Kultur- und Sportausschusses zu befassen.

Herr vom Hagen, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung (EB GAV), ist der Meinung, dass bezüglich des Antrages **Reg. Nr. 100-16**, erst einmal eine konkretere Zielstellung erfolgen sollte. Es wäre sinnvoll, dieses Thema im Betriebsausschuss des EB GAV – dem Finanzausschuss – zu behandeln und dann die Organisationsentwicklung konzeptionell durch den Bereich Controlling fortzuführen.

Stadtrat Zabel bittet um Abstimmung beider Anträge seiner Fraktion.

**Beschluss zum Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg. Nr. 99-16:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende II. Quartal 2016 ein Betreiberkonzept für die Festhalle und den Festplatz für den Zeitraum bis 2019 zu erarbeiten. In diesem ist darzustellen, durch welche Maßnahmen sich insbesondere die Erträge der Einrichtungen weiter erhöhen lassen. Ebenso sind zukünftige Investitionsplanungen einzubeziehen, zu prüfen und ggf. zu ändern. Hierbei soll gemeinsam mit potenziellen Nutzern über weitere Nutzungsformen (Konferenzen, Kongresse, Messen, Sportereignisse, etc.) beraten werden. Dem Stadtrat sind konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.**

**Beschluss-Nr.: 17/16-2**

**Beschluss zum Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg. Nr. 100-16:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende II. Quartal 2016 ein Organisationsentwicklungskonzept des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV) für den Zeitraum bis 2019 zu erarbeiten. In diesem sind alle Tätigkeitsberichte des Eigenbetriebes, Aufgabenübertragungen, Ein- und Ausgliederungen sowie Synergieeffekte mit Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften zu prüfen. Hierzu sind dem Stadtrat konkrete Maßnahmen vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.**

**Beschluss-Nr.: 17/16-3**

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage zum Haushalt 2016 auf.

**Beschluss zur Verwaltungsvorlage:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 17.11.2015 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2016 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für das Haushaltsjahr 2016 in der sich daraus ergebenden endgültigen Fassung unter Beachtung der beschlossenen Anträge der Fraktionen.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2015 bis 2019.

**Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 8 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 17/16-5**

#### 4.2. **Gesellschafterbeschluss Plauener Straßenbahn GmbH**

**Drucksachenummer: 303/2016**

Frau Zeuner, Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH, erläutert die derzeitige Situation bezüglich der Tarifverhandlungen und der finanziellen Auswirkungen auf die nächsten Jahre.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert seine Sichtweise.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Er merkt allerdings an, dass durch die Ausgleichsmaßnahmen für die Tarifzahlungen, z. B. verlängerte Taktzeiten, die Attraktivität der Straßenbahn weiter abnehmen würde.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hält die heutige Entscheidung für sehr langfristig und tiefgreifend. Die Stadt Plauen als Gesellschafter der Plauener Straßenbahn GmbH hat aber auch eine Verantwortung für die Beschäftigten. Eine dauerhafte Abkopplung von Einkommensentwicklung hätte nach Meinung von Stadtrat Jäger auch Folgen für die Qualität des Personals und den befähigten Nachwuchs.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass der heute vorgelegte Beschluss die Zukunft der Plauener Straßenbahn gefährden würde. Seine Fraktion wird dieser Vorlage nicht zustimmen können.

Auch Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne-Fraktion, sieht in der geplanten Takterweiterung bei der Straßenbahn einen Aspekt, dass dieses Verkehrsmittel damit unattraktiv wird. Auch sieht er einen Widerspruch bezüglich der nächsten Vorlage zum Parkraumkonzept. Hier würde beschrieben, dass durch die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln die Parkraumsituation in der Innenstadt verbessert werden könnte.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, erläutert, warum er der Vorlage nicht zustimmen könnte. Nach seiner Meinung wäre die Vorlage rechtswidrig und er würde in vollem Bewusstsein der drohenden Insolvenz der Plauener Straßenbahn GmbH im Jahr 2021 zustimmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer vertritt die Auffassung, dass der Beschluss zu dieser Vorlage nicht rechtswidrig sei.

Frau Göbel, Fachbedienstete des Finanzwesens, erläutert, dass mit dieser Vorlage nicht beschlossen werden soll, zusätzliche Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Plauen handelt mit diesem Beschlussvorschlag aus der aktuellen Situation zum Verhandlungsstand mit den Gewerkschaften heraus. Die Konsequenz, die sich aus den Planungsunterlagen im Jahr 2021 ergibt, ist bekannt. Es muss geschaut werden, wie sich die Dinge bis dahin entwickeln und sicher könnte sich am Ende auch die Insolvenz der Plauener Straßenbahn GmbH ergeben. Letztlich sei es eine Abwägung im städtischen Haushalt bzw. durch den Stadtrat, wie die Finanzierung der Straßenbahn künftig gegenüber anderen Maßnahmen gesehen würde.

Eine Rechtswidrigkeit kann Frau Göbel nicht erkennen. Der Beschlussvorschlag dieser Vorlage sei aber auf jeden Fall eine schwere Entscheidung.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen ermächtigt den Oberbürgermeister der Stadt Plauen zur Fassung eines Gesellschafterbeschlusses mit Anweisung an die Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH, einen Haustarifvertrag ab 01.01.2016 zur Überleitung in den Spartentarifvertrag Nahverkehr Sachsen abzuschließen (s. Begründung Pkt. 3). Die Überleitung in den TV-N-S soll 5 Jahre betragen.

**Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 17/16-6**

#### 4.3. **Forstlicher Wirtschaftsplan 2016**

**Drucksachenummer: 298/2016**

Herr Bert Schmieder, Leiter des Forstbezirksamtes Plauen, erläutert anhand einer Bildschirmpräsentation die aktuelle Situation zum kommunalen Stadtwald der Stadt Plauen, welcher der zweitgrößte im Freistaat Sachsen ist.

Er informiert u. a. darüber, dass der Waldbau rationalisiert werden soll, z. B. weniger Pflanzungen von Eichenbäumen, sondern eher schnell wachsender Sorten. Die Kosten für Neupflanzungen sollen z. B. durch Vermeiden von Wildverbiss-Schäden gesenkt werden können.

Herr Schmieder vertritt die Meinung, dass für die Optimierung der Waldbewirtschaftung keine externe Beratung notwendig sei.

Weiterhin teilt Herr Schmieder mit, dass die Erwirtschaftung von Mehreinnahmen nur mit einer personellen Unterstützung des Revierförsters erreicht werden könnte, da sich die Fläche für die Durchforstung und Erntennutzung gegenüber vorhergehenden Wirtschaftsplänen auf ca. 300 ha verdoppelt hat. Wenn die Waldbewirtschaftung wie geplant von statten geht, kann laut Herrn Schmieder mit einem Ertrag von ca. 657 TEUR/Jahr gerechnet werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, vertritt nach wie vor die Meinung, dass städtischer Wald als Produktionsfläche bzw. Einnahmemöglichkeit der Stadt generell nicht verkauft werden soll.

Die Schaffung einer neuen Stelle zur Unterstützung des Revierförsters wäre nach Meinung von Stadtrat Schmidt nicht der richtige Weg. Es gäbe hier neue Ansätze und Gespräche. Weiterhin seien noch verschiedene spezielle Fragen bezüglich Wegebau, Verbiss-Schutz usw. zu klären.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich positiv zur Vorlage aus. Der Unterstützung des Revierförsters durch eine zusätzliche zu schaffende Stelle kann zugestimmt werden. Die Nachhaltigkeit bei der Waldbewirtschaftung darf auch keinesfalls aus den Augen verloren werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., spricht sich ebenfalls dafür aus, der Vorlage zuzustimmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist abschließend darauf hin, dass die Steigerung der Erträge in diesem Jahr möglich war, weil über mehrere Jahre nicht so viele Bäume geerntet wurden als möglich gewesen wäre.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den in der Anlage beigefügten Forstlichen Wirtschaftsplan 2016 für den Körperschaftswald der Stadt Plauen.

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 17/16-7**

#### 4.4. **Parkraumkonzept der Stadt Plauen, Teil 1: Analyse und Zielstellung**

**Drucksachenummer: 261/2015**

- Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 93-16** und Stellungnahme der Verwaltung,
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 98-16** und Stellungnahme der Verwaltung

Zu Beginn der Sitzung wurde der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 102-16** ausgereicht.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Er betont, dass heute keine Maßnahmendiskussion geführt, sondern sich über die zwei Hauptziele des Parkraumkonzeptes verständigt werden sollte.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, stellt sich das Parkproblem in der Innenstadt tagsüber so dar, dass die Beschäftigten von Betrieben usw. jede Menge Parkraum für Kunden wegnehmen würden. Hier sollte eventuell eine Regelung gefunden werden, dass auch Beschäftigte diese Parkmöglichkeiten bezahlen sollten.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, teilt mit, dass die aufgezeigten Zielstellungen aus Sicht seiner Fraktion durchaus begrüßenswert sind, z. B. die Aufhebung der Zeitbegrenzung auf Stellplätzen im öffentlichen Raum. Zum Thema Parkhäuser vertritt Stadtrat Eckardt die Meinung, dass einem privaten Parkhausbetreiber nicht vorgeschrieben werden kann, wie viele Plätze er dauerhaft vermietet. Die Reduzierung des Parkraumbedarfes auf ein notwendiges Maß durch z. B. alternative Mobilitätsformen (Rad, Bahn) hält Stadtrat Eckardt für eine sehr weltfremde Forderung in Zeiten stetig steigenden Individualverkehrs.

Stadtrat André Hegel, Fraktion DIE LINKE., sieht eine Reduzierung von Parkflächen in der derzeitigen Situation nicht für geeignet an. Er schlägt vor, Park & Ride-Plätze an den großen Einfallstraßen von Plauen einzurichten. Mögliche Flächen für Parkplätze werden an der Plamag, der Südinsel und in der Nähe der Dresdner Straße gesehen.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, hält die Bürgerbeteiligung für sehr wichtig. Er zitiert aus Unterlagen vom Nordrheinwestfälischen Städte- und Gemeindebund - „Ziele und Bausteine kommunaler Parkraumkonzepte“: „...*Von besonderer Bedeutung ist die frühzeitige Kontaktaufnahme zu den örtlichen Interessenvertretern und Gruppen (Anwohner, Einzelhändler, Dienstleister, Gewerbetreibende, Beschäftigte, Kunden, Besucher), die von den Ergebnissen der Planung besonders betroffen sein werden und das örtliche Gemeindeklima wesentlich mitbestimmen werden...*“

Dieser o. g. Auffassung schließt sich die CDU-Fraktion an. In diesem Zusammenhang erläutert Stadtrat Brückner die Anträge seiner Fraktion, **Reg. Nr. 98-16 und Reg. Nr. 102-16**.

Stadtrat Rico Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, befürwortet die Anträge der CDU-Fraktion. Auch er hält die Bürgerbeteiligung bei der Erstellung des Parkraumkonzeptes für sehr sinnvoll. Stadtrat Kusche wäre es wichtig, dass das Parkleitsystem dezentral angelegt sein sollte. Dabei sollten alle Parkhäuser und Stellplatzmöglichkeiten der Stadt berücksichtigt werden.

Bürgermeister Sárközy, kann nicht bestätigen, dass Beschäftigte den Anwohnern bzw. Kunden in Plauen die Stellplätze wegnehmen würden. Bei bewirtschafteten Plätzen wäre dies wohl auf Dauer zu teuer. Die Auslastung der Parkhäuser liegt nach einer Erhebung von Mitte 2015 bei derzeit 70 %. Auch hier wären noch genug Parkplätze für Kunden usw. vorhanden.

Bürgermeister Sárközy hält wenig davon, eine Bürgerbefragung zum Parkraumproblem durchzuführen. Der richtige Weg wäre, eine Lösung anzubieten und über diese zu diskutieren. Es sollte erst einmal der Teil 2 des Parkraumkonzeptes erarbeitet und im Entwurf dem Stadtrat vorgelegt werden. Danach kann eine Bürgerbefragung durchgeführt werden. Die dort eingereichten Vorschläge sollten zusammengefasst, in den Teil 2 eingearbeitet und dann dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft nunmehr den Antrag der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 93-16** zur Abstimmung auf.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erläutert diesen Antrag.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 25.01.2016 zum Antrag **Reg. Nr. 98-16**. Seiner Meinung nach ist der dort enthaltene Vorschlag (Seite 2) der weitest gehende. Er schlägt vor, über diesen Vorschlag abzustimmen. Somit wären die Anträge **Reg. Nr. 93-16** und **Reg. Nr. 98-16** erledigt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Weiß zu.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, legt dar, dass es seiner Fraktion vorerst nur um eine Lösung für den Neustadtplatz ging.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Punkt 2. der o. g. Stellungnahme aus.

Herr Helbig, Leiter des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung, merkt an, dass die Anwohner mit Anwohnerparkkarte für bewirtschaftete Stellflächen nach wie vor nicht zahlen müssen.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, über den Vorschlag der Stellungnahme der Verwaltung (Seite 2) ohne den Punkt 2 abzustimmen, da diese die beiden Anträge vereinen würde.

**Beschluss zu den Anträgen, Reg. Nr. 93-16 und Reg. Nr. 98-16:**

Als Beschlussgrundlage soll die Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion, **Reg.-Nr. 98-16**, vom 25.01.2016 wie folgt verwendet werden:

1. Die Parkdauer-Beschränkung auf dem bewirtschafteten Parkplatz Neustadtplatz wird aufgehoben.

**Punkt 2. wird gestrichen!**

3. Der § 2 Absatz (2) der Parkgebührenverordnung der Stadt Plauen ist wie folgt zu ändern:

(2) Für das Parken auf Parkstellflächen im Sinne des § 1, auf denen zusätzlich das Kombiticket (Parken und gleichzeitige Nutzung des ÖPNV) angeboten wird, wird für die Nutzung des Kombitickets folgende Gebühr erhoben:

1 Stunde = 1,50 EUR

2 Stunden = 3,00 EUR

jede weitere Stunde 1,00 EUR zusätzlich

Tagesticket für den Kalendertag = 8,00 EUR

Die Höchstparkdauer und der Zeitraum der Gebührenpflicht sind aus den Hinweisen ersichtlich, die an den Parkscheinautomaten angebracht sind.

~~Die Höchstparkdauer beträgt 2 Stunden.~~ (wird gestrichen)

**Abstimmungsergebnis: Dem Antrag wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.**

**Beschluss-Nr.: 17/16-8**

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 102-16** zur Abstimmung auf.

Stadtrat Brückner verweist nochmals darauf, die Einbindung der Betroffenen auf jeden Fall anzustreben.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich ebenfalls für den Beteiligungsprozess der Betroffenen aus. Aber dem Antrag könnte seine Fraktion nicht zustimmen, da er dazu führen würde, Ausschüsse für Personenkreise zu öffnen, die nicht klar definiert sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, den Punkt 2 des Antrages zu streichen und im Vorfeld der Beschlussfassung eine Einwohnerversammlung durchzuführen.

Stadtrat Schmidt stimmt diesem Vorschlag zu.

**Beschluss zum Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 102-16:**

Im Zuge des in der Erarbeitung befindlichen neuen Parkraumkonzeptes (**Drucksachenummer: 261/2015**) wird die Stadtverwaltung beauftragt, für die Innenstadt ein tragfähiges Parkraumkonzept zu erstellen.

1. Wesentliche Untersuchungsbestandteile dieses Konzeptes sollten sein:
- Bewohnerparken in extrem überparkten Bereichen insbesondere zu Terminen mit erhöhter innerstädtischer Besucherfrequenz – Bereiche Altmarkt, Klostermarkt, Topfmarkt, Bahnhofstraße
  - Steigerung der Mehrfachnutzung von Parkplätzen
  - Überprüfung von Parkzonen für kostenfreies und bewirtschaftetes Parken im Stadtgebiet

**Punkt 2 des Antrages wird zurückgezogen unter der Maßgabe, dass im Vorfeld der Beratungen in den zuständigen Ausschüssen eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird.**

**Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Stimmenthaltung  
Beschluss-Nr.: 17/16-9**

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet nunmehr um Abstimmung zur Verwaltungsvorlage.

**Beschluss zur Verwaltungsvorlage:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt das Parkraumkonzept 2015 Teil 1 zur Kenntnis und beschließt die darin formulierten Ziele als Planungsgrundlagen für die Erarbeitung des 2. Teils mit Maßnahmen.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 17/16-10**

**4.5. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebaufördergebiet „Soziale Stadt“ (SSP) in der „Östlichen Bahnhofsvorstadt“**

*Drucksachenummer: 297/2015*

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die in der Anlage befindliche Fördergebietskulisse der „Östlichen Bahnhofsvorstadt“ zur Antragstellung um Aufnahme in den Neustart des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ (SSP) 2016.

**Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 17/16-11**

**5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, stellt eine umfangreiche Anfrage zu einem eventuell möglichen Neubau einer Sporthalle am Lessinggymnasium Plauen. Die Anfrage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht hierzu nochmals die von Frau Göbel unter TOP 4.1. bereits erwähnte Verwaltungsvorschrift „VWV Investkraft“ an, für deren Mittelverwendung spätestens in der Stadtratssitzung am 10.05.2016 ein endgültige Beschluss zu einem Maßnahmenplan erfolgen muss. Hierzu wird dem Stadtrat eine entsprechende Verwaltungsvorlage vorgelegt.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet weiterhin, dass für eine eventuelle Finanzierung ebenfalls Mittel aus dem Landesförderprogramm für Sporthallenbau zur Verfügung stehen würden.

Derzeit wird eine städtebauliche Untersuchung durchgeführt, ob eine solche Sportanlage an dieser Stelle überhaupt möglich wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist davon überzeugt, dass der Anbau einer solchen Sportanlage an einer Bildungseinrichtung richtig sein, um die Tagesauslastung durch den Schulsport zu gewährleisten. Die in der Nähe befindlichen Pachtgärten stehen auf städtischem Grund und hätten rechtlich gesehen keinen dauerhaften Bestandsschutz. Hierfür gäbe es aber entsprechende Entschädigungsregelungen.

Stadtrat Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., schlägt vor, den abgesagten Bildungs- und Sozialausschuss am 11.02.2016 bezüglich der heute diskutierten Probleme bei der Schülerbeförderung zur Allende-Schule doch durchzuführen.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, antwortet, dass er diesem Vorschlag nicht zustimmen könnte. Es läge bereits ein schlüssiges Konzept vor. Ende März 2016 soll nochmals ein Gespräch mit der Direktorin und Elternvertretern bei Bürgermeister Zenner stattfinden um zu schauen, wie sich das Konzept bewährt hat. Auch zwischenzeitlich steht das Angebot, bei ihm vorsprechen zu können.

Stadtrat Rüdiger vertritt die Meinung, dass das o. g. Konzept scheinbar nicht bei allen Eltern angekommen wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dieses Thema noch einmal im Bildungs- und Sozialausschuss am 17.03.2016 zu behandeln.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., fragt an, nach welchen Kriterien die Standorte der neuen stationären Blitzenanlagen in Plauen ausgesucht wurden.

Herr Helbig, Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, teilt mit, dass alle Blitzer an Unfallhäufungslinien angebracht wurden und noch werden.

Hierzu verweist Herr Helbig auf die Informationsvorlage „Sicherheit an Straßenbahnhaltstellen auf Bundesstraßen“, **Drucksachenummer: 100/2014**, welche im Stadtbau- und Umweltausschuss am 01.12.2014 vorgestellt wurde.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Dieter Rappenhöner  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß  
Schriftführerin

Andrè Hegel  
Stadtrat